

Mehr Vernunft, weniger Leidenschaft

Die Universitäten von heute brauchen mehr Toleranz. Sie darf ruhig auch mal wehtun

VON OLIVER GÜNTHER

Toleranz kann allerdings nicht unterschiedslos und gleich sein hinsichtlich der Inhalte des Ausdrucks in Wort und Tat; sie kann nicht falsche Worte und unrechte Taten schützen, die demonstrierbar den Möglichkeiten der Befreiung widersprechen und entgegenwirken.“ Dieses Zitat könnte jüngeren Datums sein. Es stammt jedoch aus Herbert Marcuses 1965 erschienenem Essay „Repressive Toleranz“.

Ausgehend von einer grundsätzlichen Wertschätzung von Toleranz als Vorbedingung für eine humane Gesellschaft grenzt er die Anwendbarkeit des Konstrukts gleich wieder ein. Eine „reine“ Toleranz im Sinne eines gleichberechtigten Nebeneinanders unterschiedlicher Meinungen könne leicht zu Missbrauch führen, insbesondere zu einer Zementierung bestehender repressiver gesellschaftlicher Strukturen.

Die Empirie der letzten 57 Jahre hat Marcuse in vielen Punkten widerlegt. Repressive Strukturen scheinen eher mit einem Mangel an Toleranz einherzugehen als mit einem Zuviel davon. Aber die Frage, was tolerierbar und was nicht (mehr) tolerierbar ist, bewegt uns auch heute, vielleicht mehr denn je. Auch auf akademischen Campus weltweit wird über Toleranz gegenüber Andersdenkenden wieder intensiver diskutiert. Einerseits ist solche Toleranz nach wie vor zwingende Vorbedingung für eine freie Gesellschaft im Allgemeinen und den wissenschaftlichen Diskurs im Besonderen. Andererseits kann die Toleranz nicht grenzenlos sein.

Passend zu der von der Aufklärung geprägten Historie der Stadt

gilt an der Universität Potsdam der

Kontextualisierung statt Cancel Culture – im Sinn aufklärerischer Ideale

Grundsatz „Im Zweifel für die Toleranz“. Dass sich diese nicht auf persönliche Beleidigungen und verfassungsfeindliche Äußerungen erstrecken darf, ist weitgehend gesellschaftlicher Konsens. Gleichwohl gibt es Grauzonen.

Erstens die Frage, ob Rechts- oder Linkspopulisten Aufenthalts- oder gar Rederecht auf dem Campus haben sollen. Ich würde sagen: selbstverständlich ja, solange sie sich nicht verfassungsfeindlich äußern und nicht als „erwiesene Extremisten“ eingestuft wurden, wie der Verfassungsschutz es formuliert. Dass diese Toleranz gegenüber Andersdenkenden wehtut, liegt in der Natur der Sache, ist aber unvermeidlich.

Zweitens wird immer wieder diskutiert, ob wir unsere Studierenden vor potenziell traumatisierenden Lehrinhalten warnen oder gar schützen sollten. Schutz kann in einem freien akademischen System nicht in eine „Cancel Culture“ münden, in der man bestimmte Inhalte unzugänglich macht. Eine Kontextualisierung möglicherweise belastender Passagen ist hingegen eine Kernaufgabe der modernen Universität im Sinne der Aufklärung – die viele unserer Lehrenden auch ganz selbstverständlich vornehmen. Dies sollte übrigens auch schon für unsere Schulen gelten.

Drittens die Frage, zu welchen Themen überhaupt noch geforscht werden soll beziehungsweise darf. „Forschung und Lehre sind frei“, sagt das Grundgesetz. Warum also

überhaupt diese Frage? Wie eine neue Allensbacher Studie zeigt, ist sie durchaus berechtigt. Denn während fast alle befragten Hochschullehrenden einräumen, dass man beispielsweise als Westdeutscher über die DDR forschen darf – oder als Atheist über die katholische Kirche –, wurde es bei brisanteren Inhalten schon eng. Den Klimawandel auf dem Campus zu bestreiten, würde die Hälfte der Befragten gerne verbieten. Und beim Klonen von Embryonen sagen vier von fünf Befragten Nein.

Viertens und letztens die diffizile Frage, wie mit wissenschaftlich fragwürdigen Äußerungen und deren Protagonisten umzugehen ist. Auch hier stellt sich die Frage der Kontextualisierung. Ich hätte nichts dagegen, wenn in eines unserer Seminare ein Vertreter der „Flat Earth Society“ eingeladen würde, solange dessen Meinungen als Beispiel für wissenschaftlich eindeutig widerlegten Unsinn dienen würden.

Auch Minderheitsmeinungen in laufenden gesellschaftlichen Debatten wie zum Klimawandel oder zur Coronakrise haben selbstverständlich ihren Platz an unserer Hochschule. Als Universität ist es aber unsere Pflicht, klar zu kommunizieren, welche Meinung die Wissenschaft mehrheitlich vertritt, wie groß die jeweiligen Mehrheiten sind und welche Standpunkte nicht gedeckt sind.

Toleranz ist die Essenz jeglichen akademischen Lebens. Diese Toleranz gilt – ganz nach Voltaire – insbesondere für Vertreter von Minderheitsmeinungen, auch in politisch sensiblen Bereichen wie Corona und der Klimakrise. Entscheidend ist gerade in solchen Kontexten freilich die nicht von Leidenschaft, sondern von Vernunft gesteuerte Einordnung in den Stand der Forschung. Unsere Pflicht als

Wissenschaftler ist es, aufgrund der besten verfügbaren Informationen Aussagen über wichtige gesellschaftliche Fragen zu wagen. Wissenschaftlich derart validierte Erkenntnisse müssen es sein, welche die Grundlage für jede Politik zum Wohle der Menschheit bilden.



Oliver Günther
ist Präsident der Universität Potsdam. Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung seiner für den 26. Januar geplanten Neujahrsrede

